

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4596

**Inseratenpreise:** Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzverdrängung 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7spaltige Zeile 1.70 M., Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Nachnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## An die Partei!

Die Wahlen zum preussischen Landtag sind vollzogen. Ihre Resultate hat uns nicht überrascht; die Zerklüftung der Kommunisten hat bewirkt, was alle Anstrengungen der Feinde des Proletariats niemals hätten zuwege bringen können: die monarchistische Reaktion ist durch die Preußenwahlen gestärkt worden. Sie kann triumphieren. Die revolutionäre Arbeiterschaft ist geschwächt worden. Große Teile der Arbeiterschaft haben sich absetzt gestellt.

Der Termin der preussischen Wahlen war für die USPD. besonders ungünstig. Nach der Spaltung der Partei hatten wir unsere Organisation noch nicht völlig wieder aufbauen, unsere Presse noch nicht wieder auf die alte Höhe bringen können. Wir hatten gegen uns die geschlossene reaktionäre Masse der Bourgeoisie mit ihren unerlöschlichen Geldquellen. Wir hatten gegen uns die alle sozialdemokratische Partei, die immer noch von Millionen deutscher Arbeiter für eine wirkliche sozialistische Partei gehalten wird. Wir hatten gegen uns die kommunistische Partei, die ihren Kampf vornehmlich gegen uns und nicht gegen die Bourgeoisie richtete. So wurden wir von allen Seiten herangefressen. Wenn wir trotzdem über eine Million Wähler und Wählerinnen in Preußen müßten konnten, so zeigt das, daß weite Teile des Proletariats zu uns halten. Wir stehen fest, trotz aller Stürme, die uns umdräuen.

Wir sind die alten geblieben, die während des Krieges mit revolutionärer Tat den Krieg bekämpften. Wir sind dieselben geblieben, die planmäßig und zielbewußt unter den Schrecken des Krieges die Revolution vorbereiteten. Wir sind die Soldaten der Revolution, die in allen revolutionären Kämpfen der letzten Jahre an erster Stelle standen und Leben und Blut für den revolutionären Sozialismus opferten. Für die sozialistische Revolution kämpfen wir auch weiter.

Nach wie vor gilt unser Kampf der Bourgeoisie. Gegen unserm Leipziger Aktionsprogramm sehen wir auch weiterhin als geschichtliche Aufgabe der USPD. an, dem revolutionären Proletariat in seinem Kampf für den Sozialismus Führerin und Bannerträgerin zu sein.

Deshalb führen wir den Hauptkampf gegen die bürgerlichen Parteien und bekämpfen aufs äußerste den Reformismus der Rechtssozialisten. Der Zustrom noch nicht klassenbewußter Wähler in die Reihen der SPD. ersucht diese Partei zu immer größerem Entweichen von der bürgerlichen Parteien. Schon sehen wir, daß sich in dieser „sozialdemokratischen“ Partei die Reaktion zeigt, für eine Koalition nicht nur mit den Demokraten und dem Zentrum, sondern auch mit der monarchistischen Stimmepartei. Die SPD. entwickelt sich nicht nach links, sondern nach rechts. Dieser Partei,

Berlin, den 24. Februar 1921.

### Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### England will keine verlängerte Besetzung des Rheingebiets

London, 25. Februar. (U.) Die englische Regierung erklärte im Unterhaus, daß hinsichtlich der Dauer der Besetzung des Rheinlandes keinerlei Veränderung eingetreten sei und nach wie vor die Artikel 42—43 des Versailler Vertrages maßgebend seien. Damit stellt sich die englische Regierung genau auf den Boden des Versailler Vertrages und hat sich der französischen Auffassung über die Sinausschiebung der Frist des Beginns der Rheinland-Besetzung nicht angeschlossen.

#### Bayerische Orgele-Führer in London?

München, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Der Referent für die bayerische Einwohnerwehr, Regierungsrat Pirner, ehemaliger Offizier, ist, wie die Münchner Neuesten Nachrichten melden, gemeinsam mit dem Ministerialdirektor von Meinel und dem Bauernführer Dr. Heim als bayerische Sachverständige nach London geladen worden. Es handelt sich dabei um eine reaktionäre Provokation der Entente.

#### Der amerikanische Kongress für den Friedensschluß.

Amsterdam, 25. Februar. (U.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat der amerikanische Kongress die bekannte Resolution des Senators Knox über die Erklärung des Friedenszustandes zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland angenommen.

#### Eine Staatsaktion gegen die USPD. in München.

München, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Gestern erschienen in den Geschäfts- und Redaktionsräumen unseres Münchner Parteizentrums. Der Kampf, ein Aufgebot von Kriminalbeamten des hiesigen Polizeipräsidiums und überreichten ein Beschlagnahmeschreiben des Staatsanwalts Leo Diefes. Dieses Beschlagnahmeschreiben verfügt eine Hausdurchsuchung nach den vom Verlag des Kampfs hergestellten Ansichtspostkarten Der Notwehr, da diese als Beweismittel für die Untersuchung

die immer weiter an der formalen Demokratie festhält und die Diktatur des Proletariats ablehnt, dieser Partei, die sich immer weiter von den bürgerlichen Parteien umstricken läßt, dieser in immer höherem Maße verbürgerlichten Partei darf ein klassenbewußtes Proletariat kein Vertrauen entgegenbringen. Die Arbeiter aber, welche immer noch in den Reihen der SPD. kämpfen, müssen wir aufklären und für uns gewinnen.

Von den Kommunisten trennt uns, daß sie mit täglich wechselnden Parolen pulcherriche Bewegungen entfachen, die einheitliche revolutionäre Aktion zur Durchführung des Sozialismus dadurch aber nur fördern. Sie haben — völlig ahnungslos von Moskau — für die Möglichkeiten des in Deutschland zu führenden Klassenkampfes keinen Blick mehr und verfallen ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse des Augenblicks des Proletariat zu Aktionen, die von vornherein aussichtslos sind und nur mit blutigen Niederlagen der Arbeiterschaft enden können.

Parteiengenossen und Genossen! Neue Kämpfe und schwere Kämpfe stehen uns bevor. Benutzen wir die Kampfmomente des Augenblicks zur Arbeit für den revolutionären Sozialismus, für die USPD!

Es gilt, jetzt vor allem unabhängig zu arbeiten für den Wiederaufbau und Ausbau unserer Parteiorganisation, für die Ausbreitung unserer Parteipresse. Im kleinsten Ort müssen wir aktionsbereite Organisationen schaffen. Bis in die letzte Hütte müssen unsere Parteimitglieder dringen.

Es gilt, in alle Machtpositionen der Bourgeoisie einzudringen. In Gemeinde, Kreis, Provinz, Staat und Reich müssen unsere Vertreter im Sinne unseres Programms für das Proletariat arbeiten.

Es gilt, in den gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen für die Ideen unserer Partei zu wirken und diese Organisationen vor der Zerkleinerung zu schützen.

Es gilt, der kapitalistischen Verelendung und Verflüchtigung der Arbeiterschaft mit aller Kraft entgegen zu wirken.

Es gilt, die monarchistische Reaktion auf allen Gebieten des staatlichen Lebens zu bekämpfen.

Es gilt, alle Kräfte des Proletariats unter den Fahnen der USPD. zu sammeln, um endlich den Sozialismus zu erkämpfen!

Es lebe der revolutionäre Sozialismus!  
Es lebe die USPD!

gegen den genannten Verlag wegen Aufforderung zur Hochverrat (!) von Bedeutung seien. Die Karten selbst sind eine Reproduktion eines von einer Münchner Künstlerin hergestellten Delgenbildes, das einen Arbeiter mit einer roten Binde und einem Gewehr auf dem Marienplatz stehend, darstellt.

Der Münchner Staatsanwalt sieht offenbar den Wald vor Büschen nicht. Wenn er schon Hochverrat sucht, könnte er sie doch in den Kreisen der Orgel-Verleiher zu Hunderten und Tausenden finden. Dort könnte er auch ganz anderes Material entdecken, als staatsgefährliche — Postkarten.

#### Der Bruch in der USPD.

Wie die Note Jahne meldet, hat in Berlin der Zentralschluß der kommunistischen Partei stattgefunden. Er beschäftigte sich n. a. auch mit der Frage der italienischen Parteispaltung. Von der Entscheidung, die der Ausschuss in dieser Angelegenheit getroffen hat, bekräftigte ein Teil der Zeitungsmittelglieder besondere Rückwirkungen auf die deutsche Partei. Sie hatten deshalb ihr weiteres Verbleiben in der Parteileitung nicht für anständig. Die Vorsitzenden Däumig und Dr. Levi, die Sekretäre Zetlin und Brach und der Beisitzer Adolf Hoffmann sind darum aus der Parteileitung ausgeschieden. An ihre Stelle sind Stöcker und Brandler als Vorsitzende, Böttcher, Meyer und Wegmann als Sekretäre und Sievers-Berlin als Beisitzer gewählt worden.

#### Unterbrechung der Verhandlungen über Westungarn.

Berlin, 25. Februar. (Eigene Drahtmeldung der U. B.) Das Berliner Tageblatt meldet unter dem 24. Februar aus Wien: Die Verhandlungen, die zwischen den Vertretern der deutsch-österreichischen und der ungarischen Regierung über Westungarn geführt werden, wurden gestern abgebrochen, weil eine Annäherung nicht erzielt werden konnte. Während die ungarischen Delegierten weitgehende Forderungen der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages anstrebten, verharteten die österreichischen Delegierten auf dem Standpunkt, daß das Wesen dieses Friedensvertrags nicht geändert werden dürfte. Es ist noch nicht bestimmt, wann die Verhandlungen wieder aufgenommen werden.

#### Der Kampf um die Futterkrippe.

Der Ausfall der preussischen Landtagswahlen hat keine einheitliche Linie und Tendenz, in der sich der Wille der Wählermassen bewegt, zum Ausdruck gebracht. Er hat wohl eine geringfügige Schwächung der gesamtproletarischen Front und eine entsprechende Stärkung der bürgerlichen Front gebracht. Aber diese Verschiebung ist viel unbedeutender, als allgemein erwartet wurde und als es die bürgerlichen Parteien erhofft haben, und sie ist nur die vorübergehende Folge der wahnwitzigen Spaltungspolitik der Kommunisten, die breite proletarische Wählermassen in das Lager der Indifferenten getrieben hat. Und andererseits sind innerhalb der proletarischen sowie innerhalb der bürgerlichen Front die Verschiebungen ebenfalls nicht so groß, wie man nach dem hysterischen Geschrei der kommunistischen und alldeutschen Presse hätte annehmen dürfen. Sowohl der Zug nach scharf links als auch der nach scharf rechts ist ausgeblieben. Es muß ganz objektiv auch von unserer Seite ausgesprochen werden, daß die kommunistische Taktik des Gegenteils der beabsichtigten Wirkung erzielt, die Arbeitermassen nicht nach links, sondern nach rechts getrieben hat, so daß die Rechtssozialisten sich von ihrem Schicksal, den sie bei der Reichstagswahl erlitten haben, etwas erholen konnten und heute an Stimmenzahl die beiden weiter links stehenden Arbeiterparteien zusammen weit überflügeln. Und rechts dieselbe Erscheinung: der Wählerchwund bei der demokratischen Partei hat zwar angehalten, aber der Zentrumssturm ist unerlöschlich geblieben —, seine Hauptstützen werden immer mehr die unzufriedenen, vom Gängelband der Kirche geführten Frauen, wie aus den Wahlstatistiken einiger Städte, die Männer und Frauen getrennt abstimmen ließen, hervorgeht — und der Zulauf zur Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen hat sich trotz der Stimmengebeir und Stimmenspäßer und trotz der Pariser Beschlüsse in den möglichsten Grenzen gehalten.

Die Folge eines solchen Wahlausgangs müßte nach dem Ermessen des gesunden Menschenverstandes die sein, daß alles beim alten bleibe. Aber bekanntlich hat der gesunde Menschenverstand nirgends so wenig Kredit als im politischen Leben bürgerlich-demokratischer Staaten und von ihnen nirgends weniger als in Deutschland, das die Eierchen des Feudalstaates noch immer nicht abstreift hat. Darum ist im Blätterwald der bürgerlichen und rechtssozialistischen Presse bereits ein gewaltiges Rauschen darum angegangen, wie die Regierung neugebildet werden solle. An sich ist ja die Frage der Regierungsbildung in Preußen noch gar nicht aktuell, da erst der am 10. März zusammentretende Landtag die Initiative zur Regierungsbildung zu ergreifen hat. Aber was scheidet das die bürgerlichen Politiker, auch die, die sich auf ihre Demokratie so viel zugute tun? Sie hatten nichts Eiligeres zu tun, als bereits am Dienstag, als das Wahlergebnis noch gar nicht imstande, eine gemeinsame Erklärung der die Reichsregierung bildenden Koalitionsparteien vom Stapel zu lassen, daß auf eine Lösung hingewirkt werden müsse, bei der die Regierungen im Reich und in Preußen von derselben Parteikoalition getragen werden. Im Reich besteht bekanntlich eine rein bürgerliche Koalitionsregierung, die sich aus Demokraten, Volksparteilern und Zentrumsleuten zusammensetzt, während Preußen bisher mit einer rechtssozialistisch-demokratisch-zentrierten Regierung beglückt war. Soll die Regierung im Reich und in Preußen einheitlich gebildet werden, so kann dies nur durch eine Erweiterung der Koalition auf die Deutsche Volkspartei und die Rechtssozialisten oder durch eine Verengung auf eine rein bürgerliche Koalition geschehen. Um diese Frage dreht sich jetzt der Kampf.

Wenn wir auch bei diesem Kampf um die Futterkrippe ziemlich kühl Zuschauer sind, so ist es doch von einigem Interesse, zu beobachten, wie alle bürgerlichen und halb-bürgerlichen Politiker von Helfferich bis Scheidemann im Grunde ihres Herzens nichts heißer wünschen, als sich ein Plätzchen an der Futterkrippe zu sichern, wenn sie dabei auch das eine oder das andre ihrer „Prinzipien“ preisgeben müssen.

Die Demokraten und Zentrumsleute brauchen sich dabei nicht gar zu sehr zu erhitzen, weil ihre Teilnahme an der Regierung eine Selbstverständlichkeit ist. Immerhin geht natürlich ihr Streben dahin, die Rechtssozialisten wohl in der Regierung zu belassen, um die Arbeiter hilflos an der Strippe halten zu können, aber doch ihren Einfluß innerhalb der Regierung zu schwächen und die Koalition durch den Eintritt der Deutschen Volkspartei zu erweitern. Auf diesen Standpunkt stellt sich die gesamte Presse dieser beiden Parteien. Von besonderem Interesse ist aber die naive Offenheit, mit der die Germania, das führende Zentrumsblatt, die Notwendigkeit der Beibehaltung der Rechtssozialisten in einer erweiterten Koalition begründet. Sie stellt sich auf den Standpunkt, daß die Wahlen erneut ergeben haben, daß gegen die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne. Eine bürgerliche Regierung mit Einschluß der Deutschnationalen sei deshalb unmöglich.

„Sie würde die gesamte Linde gegen sich haben und die heute so pfeilschnell gespaltenen Sozialisten, wenigstens faktisch so ist es